

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 17.11.2015

- 1 **Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.10.2015**
- 2 **Beschlüsse**
 - 2.1 Subventionen 2015
 - 2.2 Zuwendung an den Betriebsrats-Fonds 2016
 - 2.3 Zuweisung der Anträge der 165. Vollversammlung am 22.10.2015
- 3 **Berichte**
 - 3.1 **Bericht des Präsidenten – Kaske**
 - 3.2 **Bericht des Direktors – Muhm**
 - 3.2.1 Aktueller Bericht
 - 3.3 **Beratung – Trenner**
 - 3.3.1 Arbeits- und sozialrechtliche Tagung vom 28.10.2015
 - 3.3.2 Aktueller Bericht
 - 3.4 **Bildung – Aschauer-Nagl**
 - 3.4.1 FH-entwicklungs- und Finanzierungsplan bis 2017/18
 - 3.4.2 Betriebliche Weiterbildung in österreichischen Unternehmen
 - 3.4.3 Serbische Berufsbildung
 - 3.4.4 Innovationsstrategie der Stadt Wien
 - 3.4.5 Arbeitsmarkt Wien – aktuelle Entwicklungen im Überblick
 - 3.4.6 Mitwirkung am Internet Governance Forum Österreich
 - 3.4.7 AK-Vernetzungssymposium: Konsum neu denken?
 - 3.4.8 Aktueller Bericht
 - 3.5 **Information - Bröthaler**
 - 3.5.1 Abschlussfeier Krankenpflegeausbildung GdG-KMSfB HG II. am 10.09.2015
 - 3.5.2 Preisverleihung Berufswettbewerb Baugewerbe am 22.09.2015
 - 3.5.3 VÖGB Bildungsangebot 2016
 - 3.5.4 ReferentInnenakademie 2016
 - 3.5.5 Seminarprogramm für LaienrichterInnen
 - 3.5.6 IFAM Programm 2016
 - 3.5.7 SOZAK-Diskussion „Rechtsruck in Österreich – Analyse der Wahlen 2015“
 - 3.5.8 SOZAK-Veranstaltung „Wohin geht's hier zur Freiheit – Menschen auf der Flucht“
 - 3.5.9 Dokumentation von Erfahrungsberichten zur transnationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit „Hinterm Horizont geht's weiter 2015“
 - 3.5.10 Aktueller Bericht
 - 3.6 **Soziales – Kundtner**
 - 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – Oktober 2015
 - 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – September 2015
 - 3.6.3 Arbeitsmarkt- und Konjunkturgipfel: Festlegungen in der Arbeitsmarktpolitik
 - 3.6.4 Arbeitsmarkt- und Konjunkturgipfel: Festlegungen in der Arbeitsrechtspolitik
 - 3.6.5 Fehlzeitenreport 2015
 - 3.6.6 Veranstaltungen
 - 3.6.7 Aktueller Bericht – Lobbying-Termine von AK und ÖGB VertreterInnen bei der Europäischen Kommission und beim Europäischen Parlament zum Thema „Die geplante EU Datenschutz-Grundverordnung darf die Mitbestimmung über die Arbeitnehmerdaten nicht gefährden!“

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 Deutsch-österreichische Strom-Preiszone
- 3.7.2 Update TTIP – neuer Kommissionsvorschlag zu „Investment Court System“ (anstelle ISDS)
- 3.7.3 Beauftragte Untersuchungen zu TTIP und CETA
- 3.7.4 Lobbyismus in Brüssel – aktuelle Entwicklungen
- 3.7.5 Rechtsstreit der WESTbahn GmbH gegen VOR gefährdet wichtige Pendlierverbindungen
- 3.7.6 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 17.11.2015 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.10.2015

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.10.2015.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 08.10.2015 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Subventionen 2015

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Subvention 2015:

Nr	Antragsteller	gefördert 2014	neuer Antrag 2015	Beschluss
1	Lois Weinberger Institut	€ 7.500,00	€ 7.500,00	€ 7.500,00
Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>		Einstimmig <input type="checkbox"/>		Mehrstimmig gegen FA <input checked="" type="checkbox"/>
Ablehnung <input type="checkbox"/>				

2.2 Zuwendung an den Betriebsrats-Fonds 2016

Der Betriebsrat der AK Wien hat um Zuwendung an den BR-Fonds ersucht.

Für das Jahr 2016 wurde zwischen Kammerleitung und Betriebsrat vereinbart, dass die Zuwendung folgendermaßen abgegolten wird:

BR Körperschaft	Zuwendung für das Jahr 2015	Zuwendung für das Jahr 2016
AK Wien (Grundförderung, Kultur, Sport, Ang. Bibliothek)	50.000,00 €	52.500,00 €
Die Auszahlung erfolgt in 2 Teilbeträgen: 26.250 Euro im Jänner 2016 26.250 Euro im Juli 2016		

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Beträge für die Jahre 2016 bis 2018:

2016 € 52.500

2017 € 52.500

2018 € 55.000

→ einstimmig angenommen

2.3 Zuweisung der Anträge der 165. Vollversammlung am 22.10.2015

Fraktion	Nr.	Thema	Abstimmungsergebnis	Ausschusszuweisung
FSG	DR 01	Leitantrag Wien 2015 - 2020	Annahme mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
FSG	DR 02	Maßnahmen für eine menschwürdige Asylpolitik in Österreich und in der EU	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
Gem. Resolution	DR R01	Nein zur Einrichtung nationaler „Wettbewerbsfähigkeitsräte“! Nein zu Angriffen auf Flächenkollektivverträge und die Tarifautonomie!	Annahme mehrheitlich	EU und Internationales
FSG	1	Aktive Beschäftigungspolitik und Qualifizierungsoffensive notwendig - Deutsche Arbeitsmarktreformen kein Beispiel für Österreich - Abschaffung der Notstandshilfe keine Lösung für die Probleme am Arbeitsmarkt	Annahme einstimmig	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
FSG	2	Berufliche Ausbildung, Umschulung und Höherqualifizierung endlich für ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer umfassend ermöglichen – „Qualifizierungschancen für Alle“	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
FSG	3	Die Tätigkeit von Betriebsräten in Unternehmen im Bildungs- und Sozialbereich darf nicht durch zu knapp kalkulierte Förderung behindert werden!	Annahme einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	4	Die Novelle des Behinderteneinstellungsgesetzes 2011 hat keine Verbesserung der Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung gebracht – die geschaffene Regelung muss daher überdacht und adaptiert werden.	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	5	Änderung der Übergangsbestimmungen im Medizinischen-Assistenzberufegesetz (MAB-G)	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
FSG	6	BezieherInnen von Kinderbetreuungsgeld in die Nachwirkung der Krankenversicherung mit einbeziehen	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
FSG	7	Bekämpfung illegaler Arbeitsformen, von Lohn- und Sozialdumping sowie von Menschenhandel	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
FSG	8	Auszahlung der vorläufigen Leistung bei der Ausgleichszulage in der Höhe des Richtsatzes	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
FSG	9	Begrenzung des Spitals- und Rehabilitationskostenbeitrags	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
FSG	10	Inflationsanpassung von Rehabilitationsgeld	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
FSG	11	Einführung einer Berichterstattung über Umwelt-, Sozial- und ArbeitnehmerInnenbelange in den Betrieben	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
FSG	12	Keine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, sofern sie nicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Armut und der Ungleichheit in Europa entschieden beiträgt	Annahme mehrheitlich	EU und Internationales
FSG	13	Ausbau der Bahninfrastruktur in der Ostregion	Annahme mehrheitlich	Verkehr und Tourismus
FSG	14	Wachsende Ostregion braucht mehr Maßnahmen der Imagebildung für aktive und umweltschonende Mobilitätsformen	Annahme mehrheitlich	Verkehr und Tourismus
FSG	15	Keine Schwächung des Verkehrs-Arbeitsinspektorates	Annahme mehrheitlich	Verkehr und Tourismus
FSG	16	Die Sicherung der Ansprüche durch den Insolvenz-Entgelt-Fonds im Falle einer Insolvenz des Arbeitgebers muss auch für jene Arbeitnehmer gewährleistet sein, die bei einem Scheinunternehmen im Sinne des Sozialbetrugsbekämpfungsgesetzes (SBBG) Arbeitsleistungen erbracht haben.	Annahme mehrheitlich	Rechtsschutz und Rechtsberatung
FSG	17	Kostenlose Ganztagschule	Annahme mehrheitlich	Bildung und Kultur
FSG	18	Zugang zur digitalen Bildung (Open Educational Resources)	Annahme einstimmig	Bildung und Kultur
FSG	19	Mehr Mitsprache für SchülerInnen und die SchülerInnenvertretung	Annahme mehrheitlich	Bildung und Kultur
FSG	20	S-Bahn Wien	Annahme einstimmig	Kommunal- und Regionalpolitik
FSG	21	Abschaffung Maklerprovision für MieterInnen/KäuferInnen	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
FSG	22	Weniger gesetzliche Hürden in der Privatinsolvenz!	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
FSG	23	Mehr Schutz für KonsumentInnen im Rahmen der Bonitätsprüfung	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
FSG	24	Zugang zu leistbarem Wohnraum für Menschen in Notlagen	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
FSG	25	Verkehrsbedingte Steh- und Wartezeiten endlich als Lenkzeiten anrechnen!	Annahme mehrheitlich	Verkehr und Tourismus

ÖAAB/FCG	1	Automatische Indexanpassung und Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes sowie der Tages- und Nachtgelder für Dienstreisen	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
ÖAAB/FCG	2	„Abfertigung neu“ – Ein Brutto-Jahresgehalt nach 40 Arbeitsjahren/Anheben des Beitragssatzes	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	3	Prekäre Rahmenbedingungen für Leiharbeitskräfte	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	4	Neue Scheinselbständige	Annahme einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	5	Programme zur Aus- und Weiterbildung für Arbeitnehmer in Betrieben	Annahme einstimmig	Bildung und Kultur
ÖAAB/FCG	6	KEINE Verkürzung der Elternteilzeit	Annahme einstimmig	Frauen- und Familienpolitik
ÖAAB/FCG	7	Anrechenbare Kompetenzchecks in der dualen Berufsausbildung jetzt	Annahme mehrheitlich	Jugendschutz und Lehrlingswesen
ÖAAB/FCG	8	Auseinandersetzung mit digitaler Revolution und disruptiver Technologie	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
ÖAAB/FCG	13	Keine Ausdehnung der Sonntagsarbeit und genauere Bestimmungen für Tankstellenshop	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FA	3	Bekämpfung von Spielsucht an Wiener Schulen	Annahme mehrheitlich	Jugendschutz und Lehrlingswesen
FA	5	Überlappende Parkzone an den Bezirksgrenzen	Zuweisung mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
FA	7	Stopp der Lebensmittelvernichtung	Zuweisung einstimmig	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
AUGE/UG	R01	Für den Ausbau und verbesserte Arbeitsbedingungen in der extramuralen Pflege	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
AUGE/UG	2	Gleiche Rechte für alle ArbeitnehmerInnen!	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik; Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
AUGE/UG	3	Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes	Zuweisung einstimmig	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
AUGE/UG	4	Mindestsicherungsreform	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	5	Nein zu massiven Verschlechterungen bei der Invaliditätspension!	Zuweisung mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
AUGE/UG	6	Rechtsanspruch auf Ausbildung und Qualifikation	Zuweisung mehrheitlich	Bildung und Kultur, Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
AUGE/UG	7	Recht auf Ausbildung bei Bezug von Mindestsicherung	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	9	Für den Erhalt von Spitalsozialarbeit	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
AUGE/UG	10	GUK Novelle – fragwürdige Aufwertung von Pflege	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
AUGE/UG	11	Schulverwaltungs- und Bildungsreformagenda der Bundesregierung	Annahme mehrheitlich	Bildung und Kultur
AUGE/UG	12	Für die Stärkung der Gemeinnützigkeit bei der Beschaffung sozialer und arbeitsmarktpolitischer Dienstleistungen durch öffentliche Stellen	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
GA	R01	Freihandelsabkommen	Zuweisung einstimmig	EU und Internationales
GA	1	Faire und transparente TTIP Verhandlungen	Zuweisung mehrheitlich	EU und Internationales
GA	2	TTIP Zielvereinbarungen im Vertrag	Zuweisung mehrheitlich	EU und Internationales
GA	3	TTIP: kein vorläufiges Inkrafttreten	Zuweisung mehrheitlich	EU und Internationales
GA	4	TTIPfreie Länder	Zuweisung einstimmig	EU und Internationales
GA	5	TTIP: verbindliche Umwelt- und Sozialstandards	Zuweisung einstimmig	EU und Internationales
GA	8	Umweltfreundliche Verpackung	Zuweisung einstimmig	Umwelt und Energie
GA	11	Keine Busspurbenützung durch Motorräder und Mopeds	Zuweisung mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
GA	14	Plakatierer in Lebensgefahr	Zuweisung mehrheitlich	Sicherheit, Gesundheit und Arbeit
GA	16	Schadstoffausstoß von Kraftfahrzeugen	Zuweisung mehrheitlich	Verkehr und Tourismus
GA	17	Quecksilber in Thunfisch	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz- und Konsumentenpolitik

LP	1	Verhinderung einer zukünftigen Unterfinanzierung der Wiener Volksschulen	Zuweisung mehrheitlich	Bildung und Kultur
LP	2	Datenschutz für personenbezogene europäische Daten	Zuweisung einstimmig	Konsumentenschutz- und Konsumentenpolitik
LP	3	Verminderung der Besteuerung von Arbeit	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
LP	4	Bewältigung des Flüchtlingsbewegung in Europa	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
LP	5	Keine privaten Unternehmen als Betreiber in Traiskirchen	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
LP	6	Einsicht in die Akten zu den TTIP-Verhandlungen	Zuweisung einstimmig	EU und Internationales
GLB	1	Wer Schutz sucht, muss Schutz erhalten!	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
GLB	2	Maulkorb für Personalvertreter der Post aufheben!	Annahme einstimmig	Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes
GLB	3	Kuren müssen erhalten bleiben – für gesundheitsfördernde Massnahmen	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
GLB	4	Keine Kürzung der AMS-Mittel für den (Erwachsenen)-Ausbildungsbereich	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
KOMINTERN	1	Solidarität kennt keine Grenzen	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
KOMINTERN	2	Grundrecht Wohnen	Zuweisung mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
BDFA	1	Asyl in allen Gemeinden	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
BDFA	3	Obdachlose Flüchtlinge	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
BDFA	4	Flüchtlinge	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
Gem. Anträge	1	Ausreichende Finanzierung der Vereins für Konsumenteninformation (VKI) sicherstellen	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz- und Konsumentenpolitik

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

Nach einer Gedenkminute für den verstorbenen Kollegen Karl **Proyer** und Gratulation an Direktor Werner **Muhm** zur Verleihung des Große Silbernen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien berichtet **Kaske** über den in Brüssel sehr erfolgreich mit Vorträgen über „Europa 4.0“ durchgeführten BAK-Vorstand. An der Abendveranstaltung haben ua. auch EU-Kommissar Johannes Hahn und die Abgeordnete zum EU-Parlament Evelyn Regner teilgenommen. Eingehend auf Nationales macht der Präsident auf die letzten Prognosen von WIFO und OECD aufmerksam, in welchen für Österreich eine leichte, konjunkturelle Erholung festgestellt wird. Im laufenden Jahr wird das BIP um 0,8 % und 2016 um 1,6 % wachsen. 2016 wird durch die Steuerentlastung der Konsum angekurbelt werden.

Kaske macht anschließend auf die durch den Wechsel von Mag. Peter McDonald in die ÖVP-Zentrale notwendige Neubesetzung des Vorstandsvorsitzes des Hauptverbandes der SV-Träger aufmerksam: Vom Wirtschaftsbund wurde Frau Mag. Ulrike Rabmer-Koller, 2003 – 2015 Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Oberösterreich (WK OÖ) und seit 2015 Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich nominiert. Weiters informiert der Präsident, dass der Käthe Leichter-Preis für Frauenforschung, Geschlechterforschung und Gleichstellung in der Arbeitswelt in Rahmen einer würdigen Feier im Bundesministerium für Bildung und Frauen an Mag.a Hilde Stockhammer, Leiterin der Abteilung "Arbeitsmarktpolitik und Frauen" des Arbeitsmarktservice (AMS) aufgrund ihres jahrelangen Engagements für die Gleichstellung der Frauen am Arbeitsmarkt verliehen wurde.

In einer gemeinsamen Veranstaltung der AK Wien, Burgenland und Niederösterreich, wurde am 14.10.2015 - nun nachdem der Hauptbahnhof fertig gestellt ist - spürbare Verbesserungen im Nahverkehr gefordert. Vom am 30.10. stattgefundenen Arbeitsmarktgipfel erwartet sich der Präsident, dass mit dem beschlossenen Maßnahmen-Mix aus wachstumsfördernden Maßnahmen und einer Stärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die kommende Steuerreform wird die Kaufkraft stärken, womit zusätzliche Konjunkturimpulse entstehen. Die Wohnbauoffensive der Bundesregierung muss nun rasch gestartet werden. Auch der rasche Ausbau der Elektrizitäts-Infrastruktur ist nicht nur ein Schlüssel für die Energiewende, sondern wird auch die Konjunktur beleben und Arbeitsplätze schaffen. Die von der Regierung angekündigte Lohnnebenkostensenkung entlastet die Arbeitgeber. Zugleich kommt es zu einer Weiterentwicklung im Arbeitsrecht, die insbesondere für die ArbeitnehmerInnen Verbesserungen bringt. Bezüglich der Einführung eines Bonus-Malus-Systems wurde nun der erste Schritt getan. Es liegt an den Unternehmen, ältere ArbeitnehmerInnen zu beschäftigen und so Maluszahlungen, die ab 2018 vorgesehen sind, zu vermeiden bzw. sich die Bonuszahlung abzuholen.

Nach Gratulation an die gpa-djp zu den aktuellen KV-Abschlüssen und dem Hinweis auf die hochrangig besetzte Veranstaltung "20 Jahre ArbeitnehmerInnen-Schutz" betont der Präsident, dass er in einer am Vortag zusammen mit ÖGB und ÖGJ abgehaltenen Pressekonferenz einmal mehr klar gemacht habe, dass das duale System verbessert werden kann, aber nicht schlecht gemacht werden darf. Erfreulich und als Erfolg der AK-KonsumentenschützerInnen kann das Urteil des OGH angesehen werden, dass Entgelte für Kontosperrungen unzulässig sind. Bezüglich des VW-Abgasskandals macht **Kaske** auf eine Studie der AK aufmerksam, in welcher bereits auf die eklatanten Unterschiede zwischen den Angaben im Prospekt und der Realität hingewiesen wurde. **Kaske** informiert auch über eine Presseaussendung der BAK, in der klargestellt wurde, dass die Mehreinnahmen bei der Kammerumlage infolge der Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage weitergegeben werden und je zur Hälfte als auflagengebundene Sonderfinanzierung für den VKI bzw für regionale Bildungsprojekte aufgeteilt werden. Mit Hinweis auf die kommenden

Veranstaltungstermine in der AK (Stadtgespräch, Tag der offenen Tür in der Plößlgasse 2, Ausstellung im Beratungsfoyer) und der Gratulation an Kollegen Bernhard **Rösch**, der nun in den Bundesrat entsandt wurde, schließt der Präsident seinen instruktiven und ausführlichen Bericht.

Paiha fragt, wieso im Budget für Konsumentenschutz 1,3 Mio € vorgesehen sind, die zusätzlichen Einnahmen aus der Kammerumlage jedoch jährlich € 1,6 Mio bringen. Im Übrigen merkt sie an, dass der Betriebsrat des VKI den Eindruck hat, dass der VKI bei seinen Bemühungen um Rechtsdurchsetzung durch die Vertretung von Klagen vom VW-Abgasskandal Betroffener "zurück gepfiffen wurde". **Muhm** erläutert, dass 2016 die Höchstbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung außertourlich um 90 Euro auf 4.860 Euro angehoben wird. Laut Berechnungen der BAK werden dadurch die jährlichen Einnahmen aus Kammerumlagen bundesweit um rund 1,6 Millionen Euro steigen. Diese für alle Länderkammern zusammen geschätzten Mehreinnahmen sollen für die Jahre 2016 und 2017 je zur Hälfte als auftragengebundene Sonderfinanzierung für den VKI bzw für regionale Bildungsprojekte aufgeteilt werden. Das bedeutet, dass für den VKI € 800.000,-- österreichweit zur Verfügung steht. Wien trägt nach dem BAK-Aufteilungsschlüssel mit rund einem Viertel, somit € 200.000,-- dazu bei. Bezüglich der Klagen des Betriebsrates des VKI merkt der Direktor an, dass die AK nun das einzige ordentliche Mitglied des Vereins ist, sich die KollegInnen des VKI jedoch selbstverwaltend ohne Rücksichtnahme auf ihr zahlendes Mitglied verhalten. Im konkreten Fall ist eine Interessenabwägung vorzunehmen, da jeder 9. Arbeitsplatz in Österreich direkt oder indirekt von VW abhängig ist. Die AK ist der Ansicht, dass sie das Recht hat sehr wohl zu hinterfragen, ob eine über Holland vom VKI durchgeführte Massenklage ein zielführender Weg ist. Darüber hinaus muss zum Verhalten des Betriebsrates angemerkt werden, dass dieser ein Gespräch mit dem Direktor der AK schlicht und einfach ablehnte. Auch **Kaske** gibt seiner Verwunderung über das Verhalten des BR des VKI, mit dem er vor längerer Zeit ein Gespräch hatte, Ausdruck, zumal der BR einen Wiedereinstieg der WKÖ und ein Zurückziehen der AK wollte. **Paiha** kann über die Kommunikation des BR des VKI nichts sagen, bemerkt jedoch, dass es zwischen dem VKI und der AK als Eigentümer immer wieder zu Konflikten kommt. Sie ist der Überzeugung, dass wenn im Finanzbereich Sammelklagen des VKI zulässig und erwünscht sind, dies auch für andere Branchen zu gelten hat. **Stein** sieht das Thema als ausreichend behandelt an.

⇒ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors - Muhm

Muhm hat keinen aktuellen Bericht.

3.3 Beratung – Trenner

Trenner berichtet über die im BIZ am 28.10.2015 stattgefundenen Arbeits- und Sozialrechtliche Tagung, die sich dem Thema „Normenschwungel Arbeitszeitrecht“ widmete. Die Veranstaltung war mit mehr als 220 TeilnehmerInnen äußerst gut besucht. Die rechtlichen Fachbeiträge der Tagung befassten sich mit den verschiedenen Funktionen und Zielen des Arbeitszeitrechts. Neben der historischen Grundlage als Schutzrecht, um negative Auswirkungen in Gesundheit und Leben zu vermeiden, wird das Arbeitszeitrecht als wirtschaftliche Verteilungskomponente und Wirtschaftsordnungsrecht wahrgenommen. Bisher nicht wahrgenommen wurde die dritte Funktion des Arbeitszeitrechts: Die Grundrechtsgewährung des Selbstbestimmungsrechts. Die Vorhersehbarkeit des Arbeitseinsatzes und der Freizeitphasen sind als Ausschluss des Menschenrechts der Selbstbestimmung zu sehen. Immer stärkere Flexibilisierung und kurzfristige Anpassung der Ar-

beitszeiten führen aber dazu, dass die Zeiträume der Selbstbestimmung unplanbar und immer öfters gestört werden.

⇒ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl verweist mit dem Hinweis, dass sie bei der nächsten Vorstandssitzung eine schriftliche Unterlage vorlegen wird, auf die Eckpunkte der von der Bundesregierung nun vereinbarten Bildungsreform hin: Sehr positiv zu erwähnen ist die Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres für alle Kinder. Der Kindergarten wurde als elementare Bildungseinrichtung positioniert. Kindergarten und Volksschule sollen näher zusammen wachsen und so eine unnötige Schnittstelle am Bildungsweg der Kinder minimieren. Im Bereich Personal wurden die AK-Forderungen erfüllt. SchulleiterInnen inkl. mittleres Management kommen in eine eigene Professionsgruppe und werden auf 5 Jahre befristet. Auch im pädagogischen Bereich wurde vieles erfüllt. Schulen erhalten Eigenverantwortung bei der Bildung von Lerngruppen und Gestaltungsspielraum bei den Lehrplänen und Schulversuchen.

Weiters beinhaltet die Bildungsreform ein Modell-Region-Paket, ein Schulorganisationspaket und ein Bildungsinnovationspaket. Sämtliche gesetzlichen Voraussetzungen sollen bis Ende Juni 2016 geschaffen werden. Zusammenfassend kann man das Paket als durchaus positiv bewerten, da sehr viele von der AK wichtige und auch eingeforderte Punkte aufgenommen wurden. Dennoch kann diese Bildungsreform nur ein Beginn für die nächsten Reformschritte sein. Abschließend macht die Bereichsleiterin auf die schriftlich vorliegenden Berichte und Unterlagen über Bildung, Kommunales und Konsumentenschutz aufmerksam.

⇒ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

3.5 Information - Bröthaler

Bröthaler informiert über die Abschlussfeier Krankenpflegeausbildung GdG-KMSfB am 10.09.2015, die Preisverleihung zum Berufswettbewerb Baugewerbe am 22.09.2015 im BIZ und macht auf die vorliegenden umfangreichen Bildungsangebote von VÖGB, ReferentInnenakademie, LaienrichterInnen- und IFAM Programm aufmerksam. Nach Hinweisen über die SOZAK-Diskussion "Rechtsruck in Österreich - Analyse der Wahlen 2015" und die SOZAK Veranstaltung "Wohin geht's hier zur Freiheit - Menschen auf der Flucht" macht der Bereichsleiter auf die Dokumentation von Erfahrungsberichten zur transnationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit. „Hinterm Horizont geht's weiter 2015“ aufmerksam.

Schütz ersucht um Zusendung des Buches „Hinterm Horizont geht's weiter 2015“ als pdf sowie um detailliertere Unterlagen der SOZAK-Veranstaltungen "Rechtsruck in Österreich - Analyse der Wahlen 2015" und "Wohin geht's hier zur Freiheit - Menschen auf der Flucht". **Kaske** sagt zu, dass alles was vorhanden ist, zugesandt wird. Wenn es jedoch keine weiterführenden Unterlagen geben sollte, können sie auch nicht geliefert werden.

⇒ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner erläutert die Ergebnisse des Wirtschafts- und Arbeitsmarktgipfels am 30.10.2015. Es sollen –abweichend vom geltenden Bundesbudgetrahmen (BFRG)- dem AMS im Jahr 2016 € 300 Mio (BFRG: 250 Mio) und dann ab 2017 im Dauerrecht insgesamt € 350 Mio für die Zielgruppen Ältere Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und Asylberechtigte/subsidiär Schutzberechtigte zur Verfügung gestellt werden. Weiters soll eine Bewusstseinsbildung zur Beschäftigung älterer Menschen und ein Bonus-Malus-System geschaffen und ein - wenn auch etwas unterfinanziertes - Lehrlingsprogramm in Gang gebracht werden. Weiters brachte der Arbeitsmarktgipfel eine Verständigung auf wesentliche Weiterentwicklungen im Arbeitsrecht, die für viele Beschäftigte Verbesserungen bringen und aus AK-Sicht durchaus zu begrüßen sind. Während die von der Arbeitgeberseite geforderte Ausweitung der Höchstarbeitszeit bei Gleitzeit, leider aber auch die 6. Urlaubswoche weiterhin auf Eis liegen, konnte beim Arbeitsvertragsrecht ein wichtiger Schritt erzielt werden. Die wichtigsten Maßnahmen betreffen Einschränkungen im Bereich der Konkurrenzklauseln, Änderungen beim Ausbildungskostenrückersatz, Transparenz bei All-In-Verträgen und die Schaffung eines zivilrechtlichen Anspruches auf Lohnabrechnungen. Im Arbeitszeitrecht ist die Anhebung der Höchstarbeitszeitgrenzen in Verbindung mit Reisezeiten und die Informationspflicht für Teilzeitbeschäftigte über freie Vollzeitstellen vorgesehen. Der darauf aufbauende Gesetzesentwurf wurde bereits zur Begutachtung versandt.

Die stellvertretende Direktorin macht abschließend mit Hinweis auf die schriftliche Unterlage auf den "Fehlzeitreport", der seit 2007 jährlich für unselbständig Beschäftigte in Österreich erstellt wird, aufmerksam. Es zeigt sich, dass sich in den letzten zwei Jahrzehnten die Zahl der Krankenstandstage wegen psychischer Erkrankungen verdreifacht hat. Dieser Trend findet sich auch bei den Neuzugängen an Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit wieder: 32,5 % der gewährten Pensionen beruhen auf dem Vorliegen von psychischen Erkrankungen. Diesem Trend muss entgegen getreten werden um die psychische Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhalten bzw wieder herzustellen.

Paiha macht auf die anvisierte Lohnnebenkostensenkung via Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) und Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF) aufmerksam, was zur Kenntnis genommen wird.

⇒ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Eingehend auf die Budgetanalyse 2016 der AK stellt **Kubitschek** fest, dass sich die Priorität der Wirtschafts- und Budgetpolitik nun mehr denn je mit aller Kraft auf die Verringerung der hohen Arbeitslosigkeit verlagern muss. Die Zahl der Arbeitslosen würde auf Basis der aktuellen Prognosen 2016 weiter auf über 384.000 Arbeitslose stark steigen. Mit der Steuerreform und den am Beschäftigungsgipfel beschlossenen Maßnahmen wie dem geplanten Wohnbauprogramm wird zwar gegengesteuert, doch immer noch in einem unzureichenden Ausmaß. Die Bundesregierung muss im Interesse der Menschen auf Basis der österreichischen Erfahrungen einer gelungenen, weil behutsamen und stark einnahmenseitig getragenen Konsolidierung in ganz Europa für einen Kurswechsel in der EU-Wirtschaftspolitik eintreten. Eine goldene Investitionsregel in den europäischen Fiskalregeln könnte die Finanzierung dringend benötigter öffentlicher, ökologisch nachhaltiger Infrastruktur ermöglichen. Im Zentrum einer an der gerechten Verteilung des hohen Wohlstandes ausgerichteten EU-Politik muss aber auch die stärkere Besteuerung von Erbschaften, Vermögensbeständen, CO₂-Emissionen und des Finanzsektors – etwa in Form einer Finanztransaktionssteuer, die diesen Namen auch verdient – stehen. Auf nationaler Ebene ist eine

weitere beschäftigungspolitische Offensive notwendig, die das gesamte Handeln der Wirtschaftspolitik prägen muss. Das Ziel besteht darin, mittelfristig die Zahl der Arbeitslosen durch eine Kombination konkreter beschäftigungsfördernder und angebotssenkender Maßnahmen zu senken. Beschäftigungspolitik muss – so sie unter den gegebenen, sehr schwierigen Rahmenbedingungen erfolgreich sein will – innovativ und vielschichtig sein. Abschließend verweist die Bereichsleiterin in Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit auf die allen Vorstandsmitgliedern zugegangenen schriftlichen Unterlagen.

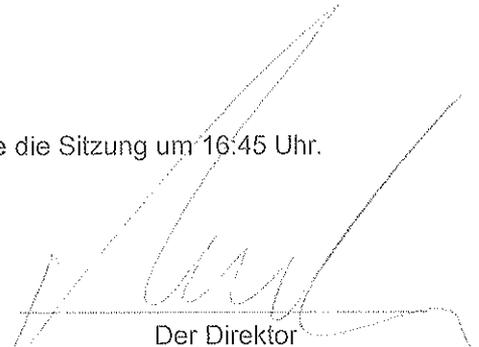
→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

4 Allfälliges

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Kaske die Sitzung um 16:45 Uhr.



Der Präsident



Der Direktor



Protokoll